

Politik



Kindergesundheit in Österreich: Initiativen gegen Strukturdefizite

Auch eines der selbst ernannten „besten Gesundheits-Versorgungssysteme der Welt“ hat seine Schwachstellen. Kinder scheinen auffällig oft davon betroffen. Will sich das ein moderner Sozialstaat leisten? Von V. Weilguni

„Trotz zahlreicher – auch international viel beachteter – medizinischer und rechtlicher Errungenschaften in der Vergangenheit gibt es gegenwärtig großen Nachholbedarf, was die Kinderrechte und Kindergesundheit in diesem Land betrifft“, meint Mag. Georg Streit. Es gehe schließlich darum, Kindern den gleichen Respekt entgegenzubringen wie Erwachsenen, davon „sind wir noch weit entfernt“.

Streit führt im Vorstand des Vereins für gewaltlose Erziehung / Österreichischer Kinderschutzbund die Ideen seines Großvaters fort. Der Wiener Kinderarzt und Pionier der Sozialpädiatrie Prof. Dr. Hans Czermak wäre heuer 100 Jahre alt geworden. Er war nicht nur erfolgreicher Kämpfer gegen die Säuglingssterblichkeit und maßgeblich an der Einführung des Mutter-Kind-Passes in den 1970er-Jahren beteiligt, sondern gilt bis heute als Vorkämpfer für eine humane, gewaltfreie Erziehung von Kindern.

Für Czermak stand außer Zweifel, dass die zu seiner Zeit verbreitete Straf- und Prügelstrafe wesentlicher Ausgangspunkt für vielfältige Fehlentwicklungen von Kindern und Jugendlichen ist. Seine These lautete: 98 Prozent aller Kinder werden psychisch und physisch gesund geboren, aber bereits jedes zweite Kind ist schon nach einigen Lebensjahren mehr oder weniger psychisch gestört und behandlungsbedürftig.

Die gewaltfreie Erziehung sei inzwischen zwar im Gesetzesbuch angekommen, nicht aber „in den Köpfen der Bevölkerung“, bedauert der Wiener Rechtsanwalt Streit und zitiert aus einer aktuellen Befragung, wonach nur 44 Prozent der erwachsenen Bevölkerung voll und ganz hinter den Prinzipien einer gewaltfreien Erziehung stehen würden:

„Das heißt für mich: Entweder die Kenntnis oder die Akzeptanz sind noch lange nicht auf dem Niveau, das ich mir für unsere Kinder wünschen würde“, resümiert Streit. Er denke dabei aber nicht nur an die ganz persönliche, individuelle Gewalt, sondern auch an eine Reihe „struktureller Vernachlässigungen“ von Kindern, im politischen Bereich genauso wie im Gesundheitssystem. Ein aktuelles Beispiel dafür sei etwa die dramatische Situation bei Kinder-Therapieplätzen.

Fehlende Therapieplätze

Auch die Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit hat erst vor wenigen Tagen einmal mehr auf die prekäre Lage in diesem Bereich hingewiesen. 70.000 kostenfreie Therapieplätze würden fehlen, berichtet die Liga und weist auf von „Wartezeiten auf eine Therapie auf Krankenschein von bis zu eineinhalb Jahren“ hin. Die Erkenntnis ist nicht neu, zu Konsequenzen konnten sich die Verantwortlichen bisher dennoch nicht durchringen. Jetzt greift die Liga zur Selbsthilfe, berichtet deren Präsident Dr. Klaus Vavrik. Ein neu eingerichteter Kinderhilfsfonds soll zukünftig Familien, die durch Krankheit der Kinder in eine prekäre finanzielle Situation geraten sind, „schnell und unbürokratisch helfen, indem neben dringend benötigten Hilfsmitteln etwa auch Selbstbehalt für Therapieplätze wie etwa Psychotherapie- oder Ergotherapieplätze vorfinanziert werden“. Denn andernfalls würde wertvolle Therapiezeit unwiederbringlich verloren gehen.

Finanziert wird der Fonds durch Spenden und vor allem einen Großunterstützer: die „Concordia Sozialprojekte“ unter ihrem neuen Vorsitzenden Hans Peter Haselsteiner. Die Finanzierung ist vorerst für die kom-

menden drei Jahre sichergestellt.

Unabhängig davon fordert die Grüne Gesundheitssprecherin Eva Mückstein, selbst Psychotherapeutin und bis vor Kurzem Präsidentin des Österreichischen Bundesverbands für Psychotherapie, von der zukünftigen Regierung den Ausbau des kassenfinanzierten Angebots an Psychotherapien und funktionellen Therapien wie Ergo-, Physio- und logopädische Therapie.

Im Gegensatz zu Deutschland oder der Schweiz seien diese Therapien in Österreich „auch bei ärztlicher Verordnung keine von den Krankenkassen aller Versicherten ausreichend finanzierte Leistungen, obwohl die Krankenversicherungen laut ASVG dazu verpflichtet wären“, sagte Mückstein anlässlich des Internationalen Tages des Kindes gegenüber der APA. Die hohen Selbstkosten würden eine krasse Unterversorgung der Kinder und Jugendlichen zur Folge haben. Die Grünen fordern daher den freien Zugang zu niedergelassenen Therapeuten mit Gesamtverträgen, die sofortige Aufstockung der Plätze in Therapieeinrichtungen und einen gesamtösterreichischen Versorgungsplan durch Hauptverband, Ministerium und Experten.

Fehlende Reha-Plätze

Eine ähnlich dramatische Unterversorgung zeigt sich auch im Reha-Bereich. Laut Österreichischer Ärztekammer würden jährlich 4.000 bis 6.000 Kinder und Jugendliche in Österreich Rehabilitationsmaßnahmen brauchen, wofür österreichweit 350 bis 450 Rehabilitationsbetten erforderlich wären. Tatsächlich gäbe es gerade einmal 52 Kinder-Reha-Betten und auch die sind auf Monate hin ausgebucht.

Schuld an der Misere ist laut dem Präsidenten der Österreichi-

schen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde, Professor Dr. Reinhold Kerbl, die „Totalblockade der Länder“. Trotz eines vom Ministerium abgesegneten Reha-Plans und der Bereitschaft der Sozialversicherung, ihren Anteil zu finanzieren, würden sich die Länder seit Jahren dagegen wehren, sich an der Finanzierung der vier geplanten Kinder-Reha-Zentren zu beteiligen.

Mangelnde Prävention

Damit zukünftig Reha-Zentren erst gar nicht so oft in Anspruch genommen werden müssen, würden Österreich zudem deutlich mehr Anstrengungen in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention im Kinder- und Jugendbereich gut zu Gesicht stehen. Angesichts alarmierender Zahlen im aktuellen OECD-Bericht „Health at a Glance 2013“ fordert etwa der Wiener Ärztekammerpräsident Prof. Dr. Thomas Szekeres einen „nationalen Schulterschluss von Schulbehörden, Bund, Ländern, aber auch Gesundheitsexperten und Medien“. Prävention müsse endlich – über bloße Lippenbekenntnisse hinaus – ernst genommen werden, verlangt Szekeres: „Es kann nicht sein, dass die Zahlen des OECD-Berichts, die fast jährlich noch besorgniserregender werden, die Politik noch immer nicht zum Handeln bringen.“

Recht auf glückliche Kindheit

Zum Abschluss des zugegebenermaßen lückenhaften Rundblicks auf die Mängelliste in der heimischen Kinder- und Jugendmedizin kehren wir noch einmal an den Ausgangspunkt zurück: Auch im Jahr des 100. Geburtstags von Hans Czermak ist das Land von seiner Vision „Jedes Kind hat das Recht auf eine glückliche Kindheit“ meilenweit ent-

fernt, Gewalt gegen Kinder alltäglich. Der fehlenden Prävention von Gewalt an Kindern in allen Lebensbereichen steht oft auch mangelnde Aufarbeitung gegenüber. Viel zu oft scheitern Verurteilungen nach Gewalttaten gegen Kinder an mangelnden Beweisen aufgrund fehlender, tatzeitnaher Diagnostik-Möglichkeiten. Nur wo eine Anzeige vorliegt, kann der Staatsanwalt aktiv werden und einen Gutachter beauftragen. Bis dahin vergehen aber Wochen. Danach sind Spuren von Gewalt kaum mehr nachweisbar.

Forensische Untersuchungsstelle für Kinder und Jugendliche

Seit zwei Jahren befasst sich auf Initiative der Wiener Kinderschutzzgruppen eine Projektgruppe mit der Realisierung einer forensischen Untersuchungsstelle für Kinder und Jugendliche. Vergleichbare Institutionen seien in vielen europäischen Städten längst Standard, erläutert Dr. Wolfgang Novak, Kinderarzt und Leiter der Kinderschutzzgruppe SMZ-Ost. Es wäre „daher höchste Zeit, eine solche auch in Wien zu etablieren“. Im Wiener Modell sollen Gerichtsmediziner die Möglichkeit erhalten, Gewaltopfer möglichst rasch nach der Tat zu untersuchen und die Spuren gerichtstauglich zu dokumentieren. Außerdem sollen im Rahmen der Befundung auch mögliche psychische Folgen, etwa Traumatisierungen, erfasst werden.

Trotz typischer Schwierigkeiten einer „Querschnittsmaterie“ bezüglich Finanzierung und Zuständigkeiten – involviert sind Gesundheits-, Sozial-, Familien-, Justiz- und Innenministerium – könnte die forensische Untersuchungsstelle bei anhaltend gutem Willen aller Entscheidungsträger im Frühling 2014 ihren Betrieb aufnehmen. Die Hoffnung lebt! ■